

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

107 (10.5.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadt-
bereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt
10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Düps, Durlach, Mittelstr. 8,
Bismarckstr. 204, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile
8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigen-
annahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familien-
anzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Platzver-
schlüssen und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler
keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 107

Montag, den 10. Mai 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Am Montag tritt in Genf die Studienkommission des
Völkerbundes zusammen, um über die Zusammenfassung
und Organisation des Bundes zu beraten.

Die Berliner Krise um den Reichskanzler dürfte noch
mals verschoben werden.

Am Samstag wurde die große Gesundheitsausstellung in
Düsseldorf eröffnet, wobei der Reichskanzler sprach.

Der Reichstag behandelte am Samstag die Alkoholfrage,
obwohl indessen zu einer Abstimmung über das Gemein-
schaftsrecht zu kommen. Geschlossen für dieses Gesetz
waren nur Sozialdemokraten und Kommunisten ein.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag wurde in Madrid
vorläufig unterzeichnet. Er soll bis 19. Mai von den Par-
lamenten ratifiziert sein.

Die Kämpfe in Marokko haben wieder eingelegt, zunächst
der Luftkrieg.

Deutscher Reichstag

Berlin, 8. Mai.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 12.00 Uhr.
Zur Tagesordnung am Samstag steht die zweite Lesung
eines Reichsgesetzes, der notwendig geworden ist, weil der
Reichstag gegen einige Beschlüsse des Reichstages am 1. Au-
gust 1925 Einspruch erhoben hat. So hat der Reichstag die Aus-
gabe von 1 Million Mark für kulturelle Zwecke gestrichelt und
den Betrag von 6 Millionen Mark zur Behebung der Not der
Landwirte auf 3 Millionen Mark vermindert. Der Reichstag
beschließt mit großer Mehrheit, sämtliche Einsprüche des Reichs-
tages zurückzuziehen und die gestrichelten Postionen wiederberau-
fzulegen. Der Nachtragsetz wird darauf in 2. und 3. Lesung an-
genommen.

Es folgt dann die Beratung der Anträge des Haushaltsaus-
schusses zur Frage der Bekämpfung des Alkoholismus.

Der Subjunkt (Dank) berichtet über die Ausschussver-
handlungen. Der Ausschuss sei in der Bekämpfung des Alkohol-
missbrauchs einig gewesen, ebenso in der Forderung einer Neu-
ordnung des Schankensystems. In der Frage des Ge-
meinschaftsrechts seien die Meinungen aber völlig aus-
einandergegangen.

Abg. Solmann (Soz.) weist als Mitberichterstatter darauf
hin, daß der Ausschuss darin einig war, daß der Alkoholmis-
brauch bekämpft werden müsse. Einig war er auch darin, daß
eine Totenlegung Deutschlands nicht beabsichtigt wird. Auch
die Freunde des Gemeinschaftsrechts wollen keine
Totenlegung. (Na, na!) Der parlamentarische Vater des Ge-
meinschaftsrechts sei der vorkommende Abgeordnete
Keller (Soz., hört!) Geschlossen für das Gemeinschafts-
rechtsgesetz seien nur Sozialdemokraten und Kommunisten. Ge-
schlossen dagegen seien Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspar-
tei, Wirtschaftliche Vereinigung und die Wälfischen. In
den anderen Parteien seien kleine Minderheiten für das Ge-
meinschaftsrechtsgesetz.

Politische Streiflichter

Am Dienstag soll sich im Reichstag entscheiden, ob der
Mißtrauensantrag der Sozialdemokratie gegen den Reichs-
kanzler durchgeht und damit die Regierungstrife auf
wird. Es scheint aber, daß in den parlamentarischen Kreisen Ber-
lins der erste Sturm sich gelegt hat und eine Ermüderung
eingetreten ist. Wenn auch die Beipredungen, die die
verschiedenen Möglichkeiten eines Ausgleichs der Gegensätze
unter den Regierungsparteien zum Gegenstand hatten, zu
keinem greifbaren Ergebnis führten, so wurde in ihnen doch
die „Tägl. Rundschau“ mittels, betont, daß an der
gegenwärtigen Regierungskoalition festgehalten werden
müsse. Keine Regierungstrife könne die Verantwortung
übernehmen, wegen des flaggenelastischen eine Krise
von unübersehbaren Folgen heraufzubeschwören. Auch die
„Germania“ sieht die Lage nicht mehr so kritisch an. Das
Blatt schreibt: Eine Erklärung der Regierung, die der
Stimmung in sämtlichen Regierungsparteien entgegen-
kommt, könnte nach Auffassung parlamentarischer Kreise
vielleicht die Grundlage zu Verhandlungen bieten, die einen
Ausweg aus der Krise zeigen. Man denkt dabei an eine
Erklärung eines allgemeinen, jedoch nicht parlamentarischen
Ausschusses, der die Flaggenfrage zu prüfen und mit be-
stimmten Vorschlägen hervortreten hätte. Reichskanzler
Dr. Luther wird seinen Rücktritt unter allen Umständen
einreichen, wenn eine der bisherigen Regierungsparteien
für das Mißtrauensvotum stimmen sollte. Die Haltung
von Demokraten und Zentrum wird erst am Sonntag und
Montag die notwendige Klärung erfahren. Es handelt sich
um eine scheinbar unüberbrückbare Differenz zwischen der
Regierung und der Koalition über die Frage, ob eine Ent-
scheidung über wichtige Probleme in den Händen der Re-
gierung oder des Parlamentes liegt. Es ist das erste Mal
seit dem Bestehen des interfraktionellen Ausschusses der
Koalitionsparteien, daß die Regierung ohne Befragung
der Parteien eine Entscheidung fällt, von der sie anneh-
men mußte, daß sie auf die Pingsgruppen des Reichstages
wie ein rasches Licht wirken würde. Nach der dann stattfin-
denden Abstimmung hat das Kabinett trotz des Einspruchs
zweiter Koalitionsparteien die Reformfrage an den Reichstag
und der Öffentlichkeit übergeben. Die Bedeutung dieses

Schritt liegt darin, daß die Minister der Haltung ihrer
Parteien nicht nachgeben und auf dem Reformkurs festhalten
beharren. Ohne jede Rücksichtnahme kann man sich von
einem Konflikt zwischen dem Reichsministerpräsidenten Dr. Brü-
gel und der demokratischen Reichstagsfraktion trennen, da der
Minister seit Bestehen der Regierung als der parlamen-
tarische Vertreter der Regierung im Reichstag betrachtet
angehört worden ist. Die Fraktion scheint bereit zu sein,
Dr. Brügel fallen zu lassen, da er es unterließ, vor dem Re-
formwerden des Reichstages die Reformen zu unter-
richten. Einmalig verhandeln die Demokraten mit dem
Zentrum und den Sozialdemokraten über die Einbringung
eines Antrags auf Zurückziehung der Reformen. Es
hieß hier der Antrag eine Mehrheit in der Reichstags-
Fraktion zu bilden, die sich für die Reformen einsetzt.
Es warfen darauf das Kabinett zu sitzen, und man
hoffte es dann für das Volk, über diesen Punkt zur Tages-
ordnung überzugehen. Im anderen Falle ist hauptsächlich,
menschen von demokratischer Seite dem Mißtrauensan-
trag des Reichstages zustimmen, um die Regierung
zum Rücktritt zu bewegen. Die Demokraten unterhalten
in der Stellungnahme gegen ihren Minister Dr. Brügel
Dr. Brügel, dem Reichsministerpräsidenten hat er so
ausschließlich als Bedingung, daß man ihn in seine Partei
hinaus zu den politischen Reformen über die Tages-
frage bringen will. Im übrigen ist für den Ausgang der
parlamentarischen Verhandlungen die Haltung des Zent-
rums maßgebend, das gegenwärtig beharrt auf einem Ein-
satz mit Dr. Brügel, der dem Reichstagspräsidenten ebenfalls
zustimmt, zu vermeiden. Allerdings hat die Zentrum-
fraktion in ihrer letzten Sitzung sich mit großer Mehrheit
dafür ausgesprochen, daß der sich jetzt abspielende Kampf
zwischen Regierung und Parlament ausansehen des
letzteren entschieden werden muß.

Der Reichstag mehrerer Parteien autoritärer Länder in
den letzten Wochen hat die Frage der Währungsreform
aufzuheben lassen und nach seinem eigenen Gutachten ist es
schon, einen entsprechenden Schritt in dieser Angelegen-
heit zu tun. Der Sturz des Reichstages hat seit kurzem
Formen angenommen, die an die wilden Tage der
deutschen Inflationzeit erinnern. Die katastrophale Situa-
tion der Reichstagsfraktion hat bereits zu einer Kabinett-
krise geführt, nachdem die Reichstagsfraktion es der Regierung sehr ver-
merkt, daß die ersten, leider mangelhaften Währungsreform-
maßnahmen 1100 Millionen Reichsmark gekostet hat. Die im
Auslande aufgenommenen Kredite und Anleihen, die mehr-
ere Milliarden betragen, können als verloren gelten. In
den nächsten Tagen muß die Regierung zur Rückzahlung
fälliger Anleihen etwa 75 Millionen Reichsmark aufbringen,
deren Veranschlagung ausgeschlossen erscheint. Der Reichs-
kanzler aber scheinlich weiter und noch steht niemand einen
Ausweg. Wenn auch nicht ganz so verheerend wie die
Lage in Frankreich aus. Der französische Reichstag
seiner heillosen Lage getrieben. Die verschiedenen von
Frankreich auf dem Wege der Kolonialverwaltung schon zurück-
gelegten Schritte haben ihre Wirkung bisher verfehlt. Die
den französischen Staat verbindenden östlichen Länder, u. a.
Polen und Rumänien, sehen ihre Währungsreform neubündnis
mit in den Vordergrund. Rumänien hat zur Unter-
bindung der Devisen Spekulation (sogar den gesamten De-
visenhandel monopolisiert). Von wirksamen Sicherungsmaß-
nahmen ist aus allen diesen Ländern noch nichts gemeldet
worden. Sie müßten allerdings an einer Stelle einsehen,
an der man gern vorbeizieht: der Inflationsträgung der
Budgets. Ein Land mit ungeheuren Schulden und ständig
fallender Währung kann sich z. B. nicht ein Heer und eine
Marine leisten, wie dies noch der Fall ist. Deutschland hat
ein Interesse daran, daß die Saluberratschläge der val-
tischwachen Länder auf dem Weltmarkt aufhören und kann
nur hoffen, daß die neuerdings empfindlichen Rückgänge
des Fragens, Joch und Lei bald aufhören.

Der polnische Ministerpräsident Graf Skrzynski hat
erneut den Rücktritt seines Kabinetts angefragt. Man kann
sich nicht mehr des Eindruckes verwehren, daß die Dinge in
Polen weiterhin sich verheerend verhalten. Wird die Rück-
kehr des Marschalls Piłsudski als Generalinspektor der
polnischen Armee zur Tatfache, dann dürfte auf seinen Fall
bei dem in den letzten Monaten scharf geführten Kampf
gegen die Person des Marschalls eine Beruhigung eintreten.
Dann hätte man sich lediglich für eine Seite entschieden, di-
von sich aus den interpolitischen Kampf fortsetzen würde.
Da über den Charakter der neuen polnischen Regierung
die mannigfaltigen Vermutungen im Umlauf sind, ist fast
anzunehmen, daß eine Art Diktatur in Vorbereitung ist.
Die Mission des Führers der Bauernpartei, Witos, ist im
letzten Augenblick gescheitert an der Weigerung des Grafen
Skrzynski, in seinem Kabinett, gegen das die gesamte pol-
nische Linke in scharfster Opposition steht, das Vorlesende
des Außenministers zu übernehmen. Gegenwärtig besteht
die Absicht, es mit der Bildung einer linksgerichteten Re-
gierung zu versuchen, an deren Spitze wahrscheinlich der
Obmann der linken Partei der Linken, der Sozialdemo-
krat Dr. Marek stehen soll.

Unter dem Eindruck der Zuspitzung der Verhältnisse in
England und der großen Bedeutung der deutsch-englischen
Probleme für unsere gesamte Politik ist die Frage
der Studienkommission des Völkerbundes, die am 10. Mai
in Genf ihre Arbeiten aufnehmen wird, in den letzten Ta-
gen vielleicht mehr vernachlässigt worden, als man das vom
Standpunkt einer Beruhigung der Atmosphäre wünschen
kann. Inzwischen dürften sich in den Vorverhandlungen
zwischen den Regierungen gewisse Vorstöße herauskristal-
liert haben, die den Arbeiten der Studienkommission zur
Grundlage dienen sollen. Ob es gelingen ist, die Wege zu
ebnen, ist zunächst noch nicht ersichtlich, ebenso wie die Frage
offen steht, auf welcher Basis man verhandeln will. Im-

merhin erscheint es uns bemerkenswert, Gerüchte zu regi-
strieren, die von einer Drittstellung des Völkerbundesrates
wissen wollen. In dem Bestreben, die Völkerbundslage
im September unsichtiger und besser vorzubereiten als im
März es geschehen war, in der Absicht, den gordischen Knoten
unter allen Umständen zu zerhacken, der sich durch die
Passivität und den bösen Willen einzelner Völkerbundsmit-
glieder geschürzt hatte, ist man schließlich auf allerlei Lö-
sungsmaßnahmen verfallen, von denen eben der Gedanke
der Drittstellung des Völkerbundesrates einen Weg darstellt,
der zum Ziele führen soll. Es ist allerdings ein Ausweg,
von dem man im Augenblick nicht allzuviel halten darf, weil
er dem Prinzip, das teilweise in Genf von gewissen Staaten
im März vertreten wurde, entgegensteht. Eine Teil-
nahme des Völkerbundesrates in ständige, halbständige und
nicht ständige Sätze mag auf den ersten Blick annehmbar
erscheinen, die Verhandlungen werden aber bald zeigen, daß
man so kaum, vielleicht aber auch gar nicht weiterkommen
wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Mächte, die in den
letzten Tagen erneut und mit besonderem Nachdruck ihre
Forderung auf einen ständigen Ratstag vorbracht haben,
Spanien, Polen, Brasilien, die kleine Entente und selbst
Perthien und China, das deshalb getan haben, weil sie da-
durch nur dokumentieren wollen, daß für sie eine Ver-
handlung nur auf dieser Basis in Frage kommt. Auch dar-
aus sind noch Schwierigkeiten zu erwarten, daß eine Drit-
telung des Völkerbundesrates nichts anderes bedeutet
würde, als eine Einteilung der Staaten in drei bestimmte
Kategorien, wofür für Polen und die kleine Entente wohl
kaum zu haben sein werden und wogegen sich auch der Wi-
derstand Brasiliens und Spaniens richten wird. Aus diesen
Darlegungen ergibt sich schon zur Genüge, daß statt der Be-
seitigung der alten Hemmnisse neue Hindernisse geschaffen
werden. Es scheint keine große Bronchitis dabei, den Ar-
beiten der Studienkommission und damit die September-
tagung des Völkerbundes kein sonderlich günstiges Pros-
pekt zu stellen, wie das Herr Reichel im Auswärtigen
Amt des tschechoslowakischen Senats getan hat. Dazu
kommt ja noch, daß man sich noch nicht einmal über die Be-
fugnisse der Studienkommission völlig im Klaren ist.

Dr. Luther über Landwirtschaftsfragen

Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates in Darm-
stadt knüpfte Reichskanzler Dr. Luther in seiner Rede an die
Wahrung des Präsidenten, Kanzler werde harr! an. Er er-
klärte, das ganze deutsche Volk müsse von Festigkeit durchdrun-
gen sein. Es müsse sich der Kräfte zur Wiedergewinnung bemühen
sein, die in der Landwirtschaft vorhanden wären, der großen
Aufbaukräfte, die es in der deutschen Landwirtschaft gab. Das
Gesamtbild, das die deutsche Landwirtschaft heute zeige, sei ohne
Zweifel überaus trübe. Zu der Abhängigkeit von Natur und
großen politischen Ereignissen sei im Laufe der Zeit für die
Landwirtschaft die Abhängigkeit von dem gesamten Wirtschafts-
stand der Welt hinzugekommen. Gerade angeht dieser Sach-
lage und gerade in diesem Zeitpunkt schwerer wirtschaftlicher
Bedrängnis möchte ich als deutscher Reichskanzler vor den Ohren
der ganzen Landwirtschaft mit besonderem Nachdruck von den
großen Kräften der Selbsterhaltung sprechen, die die deutsche
Landwirtschaft in sich birgt. Für die besondere Lage der deut-
schen Landwirtschaft sind zwei Aufgaben von größter Wichtigkeit
zu verzeichnen. Wir besitzen in unseren Bauernhöfen einen
Nachwuchs zur Pflege des deutschen Bodens, den ich zu den wert-
vollsten Aktiven des deutschen Volkes rechne. Es gilt, unse-
ren ganzen landwirtschaftlichen Nachwuchs im rechten Geiste wei-
ter zu erziehen. Zu dieser überaus wichtigen Aufgabe der Aus-
bildung der jungen Landwirte müssen die landwirtschaftlichen
Veranstaltungen und die Staatsgewalt in enger Vertrautheit zu-
sammenarbeiten. Eine Zuständigkeit des Reiches auf diesem Ge-
biet besteht nicht. Wenn das landwirtschaftliche Schulwesen die
Intensivierung des landbauenden Menschen bedeutet, so be-
deuten all die großen Fortschritte auf dem Gebiete der Düngem-
ittel und die Herstellung verbesserten Saatgutes für alle Boden-
erzeugnisse in der fortschreitenden Anpassung an die Bodenver-
hältnisse und die mangelnde Sonderbedingungen die großen
Fortschritte, um unser Volk aus dem eigenen Boden zu erheben.
Gerade auf diesem letzten Gebiet arbeitet die Reichsregierung nach
aller Möglichkeit mit und würde gerne noch mehr tun, wenn ihr
Geldmittel zur Verfügung ständen. Nun ist freilich klar, daß alle
diese großen schaffenden Kräfte sich nur dann entfalten können,
wenn die privatwirtschaftlichen Grundlagen gegeben sind und
diese wirtschaftlichen Grundlagen heißen nach Wirtschaftsregeln,
die die Kraft von Naturgesetzen haben: 1. Das Bestehen solcher
Preise, wenigstens im Durchschnitt des landwirtschaftlichen Be-
triebes, daß der Betrieb sich lohnt und 2. das Zurverfügunghalten
von Krediten, nicht um leichtfertige Schulden machen zu können,
sondern um die zur intensiven Landwirtschaft notwendigen Be-
triebsmittel zu besitzen.

Nach diesen beiden Richtungen hat die Regierung alles ge-
tan, was möglich war. Hinsichtlich der Preise für landwirtschaft-
liche Erzeugnisse möchte ich kurz darauf hinweisen, daß hier
selbstverständlich ein Zusammenhang mit den Unkosten besteht.
Die sogenannte Preisstiere der Landwirtschaft ist ja eine der
am lebhaftesten erörterten Streitfragen. Auch auf diesem Gebiet
will die Regierung bei einer allgemeinen Preislenkungsaktion
helfen. Diese Preisabbauaktion wird immer umstritten bleiben.
Wir müssen erreichen, daß trotz des verlorenen Betriebskapitals
die Wirtschaft so intensiv bleibt, wie nur irgend möglich. Die
Reichsregierung wird auf allen Gebieten alles tun, was in ihrer
Kraft liegt, um der Landwirtschaft zu helfen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht
führte u. a. aus: Auf dem Gebiete der Kreditpolitik ist die Zü-
lanahme zwischen Reichsbank und Landwirtschaft in der Vor-

Krisenzeit sehr gering gewesen. Die Landwirtschaft war in der Tat, sich ihr eigenes Kreditssystem aufzubauen und war auf die Reichsbank nicht angewiesen. Leider ist das durch den Krieg und Inflation anders geworden. Heute ist es notwendig, daß Landwirtschaft und Reichsbank zusammenarbeiten. Die Reichsbank kann aber leider nur in der Form des Wechselkredits arbeiten. Solche Kredite sind in sehr großem Umfang an die Landwirtschaft gegeben worden. Die Landwirtschaft ist sogar an diesen Krediten mit 50 Prozent gegenüber den anderen Wirtschaftsklassen beteiligt. Bestrebungen sind, teils bereits mit Erfolg, in die Wege geleitet worden, um zu einem gesunden Realkredit zu kommen. Die Landwirtschaft werde zurzeit dadurch beunruhigt, daß die sämtlichen Kredite der Landwirtschaft, die um den 1. Dezember herum fällig sind, alle bezahlt werden müßten. Davon sei gar keine Rede. Wirklich getilgt müßten nur die 200 Millionen der Rentenbankkreditanstalt werden. Bezüglich der Rentenbankkreditanstalt sei die Reichsbank bereit, für die neue Ernte eine Reihe von Hilfsstellungen zu geben. Das Reichsbankdirektorium hat beschlossen, die Angelegenheit des Getreidelombards in Erwägung zu ziehen. Wir werden unter allen Umständen eine Betrug zur Verfügung stellen. Die Landwirtschaft soll nicht, wie im vorigen Jahr, gezwungen sein, unter dem Druck der Kreditfälligkeiten ihr Getreide vorzeitig abzulassen zu Preisen, die verlustbringend sind.

Darmstadt, 7. Mai. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: Die Not der deutschen Landwirtschaft in allen ihren Haupterwerbsweisen bedeutet eine schwere Gefährdung der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Eine Fortdauer dieses Zustandes müßte alle Bemühungen zunichte machen, den Ausgleich der deutschen Handelsbilanz durch Hebung der heimischen Erzeugung zu fördern. Auf dem Gebiete der Zollverträge muß bei zurecht Ausgestaltung des Zollproblems auch für die landwirtschaftlichen Produkte der Schutz der heimischen Erzeugung wieder in den Vordergrund treten. Die Last der Wechselschulden muß von dem deutschen Bauern genommen werden. Auch den Pächtern müssen Wege zur allmählichen Abbedingung ihrer persönlichen Schulden eröffnet werden. Jede Erschütterung der Kreditversorgung durch erneute Regelung der Aufwertungsfrage muß unbedingt vermieden werden. Neuerliche Siedlung ist noch in vielen Gauen des Vaterlandes möglich und im deutschen Osten eine dringliche nationale Aufgabe. Siedlung kann aber nur eine Reaktion betreiben, deren Wirtschaftspolitik dem Siedler ein Fortkommen auf der neuen Scholle ermöglicht. Die Beschränkung der staatlichen Betätigungsgebiete und Sparpolitik in allen öffentlichen Haushalten ist die Vorbedingung für die Minderung der in ihrer Höhe noch immer die Wirtschaft drückende Steuerlast. Die Sozialgesetzgebung darf nur unter Anpassung an die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft fortgeführt werden. Im Staatsleben und bei den internationalen Verhandlungen des deutschen Reiches muß die deutsche Landwirtschaft die Berücksichtigung verlangen, die ihr nach ihrer Bedeutung in der wirtschaftlichen Gliederung des deutschen Volkes zukommt.

Zum englischen Generalstreik

Die Sperre für Bunkerkohle

Washington, 8. Mai. Großbritannien hat die Regierung der Vereinigten Staaten davon in Kenntnis gesetzt, daß es angesichts des Streites unmöglich ist, für andere Fahrzeuge außer denen, die im nationalen Interesse liegende Aufgaben zu erfüllen haben, Bunkerkohlen in den englischen Häfen bereitzustellen.

Hamburg, 8. Mai. Auf Grund des Beschlusses der Freien Gewerkschaften ist die Verlorenung englischer Schiffe mit Bunkerkohle von den Hafenarbeitern verweigert worden.

Finanzielle Unterstützung

Moskau, 8. Mai. Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion überwies dem Generalrat der englischen Gewerkschaften 2 Millionen Rubel als zweite Rate zur Unterstützung der englischen Arbeiter.

Amsterdam, 8. Mai. Der Hauptvorstand des Sozialdemokratischen niederländischen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, aus seiner Streikkasse dem englischen Gewerkschaftskongress einen Betrag von 60 000 Gulden zur Verfügung zu stellen.

Unruhen in Glasgow

Glasgow, 8. Mai. Abends ist es hier wiederum zu Unruhen gekommen. Von der Menge wurden Ueberfälle auf Brottransporte verübt. Die Polizei verhaftete 48 Personen.

London, 8. Mai. Auf der Strecke Berwick-New-Castle wurde ein Schnellzug von 300-400 Streikenden an einer Stelle, wo er zum langsamen Fahren gezwungen war, mit

Steinen beworfen. Mehrere Fenster wurden zertrümmert, der Zugführer und der Heizer wurden leicht verletzt.

Zunahme der Arbeitswilligen

London, 8. Mai. In ganz England kehren immer mehr Arbeiter an ihre Arbeit zurück. In London haben sich zahlreiche Führer von Lastkraftwagen für die Wiederaufnahme ihres Dienstes eintragen lassen, jedoch ein beschränkter Autoverkehr hergestellt werden konnte. In Liverpool konnte der Dienst im Hafen vollkommen aufrecht erhalten werden. Am Freitag sind 19 Fahrzeuge in den Hafen eingelaufen. Der größte Teil der Straßenbahnbeamten hat den Dienst wieder aufgenommen.

Eine Erklärung des englischen Generalrats

London, 8. Mai. Eine von dem Blatte „The British Worker“ veröffentlichte Erklärung stellt nachdrücklich in Abrede, daß einzelne Arbeitervertreter oder der Generalrat zwecks Verhandlungen an die Regierung herantreten seien, betont jedoch, daß der Generalrat bereit sei, jeden Augenblick in präliminare Erörterungen bezüglich der Zurückziehung der Ausspernungsverfügung und bezüglich der Beendigung des Generalstreiks einzutreten, wenn die Wiederaufnahme der Verhandlungen eine ehrenhafte Regelung des Bergarbeiterstreiks sichere.

Deutschland.

Der Handelsvertrag mit Spanien unterzeichnet

Berlin, 8. Mai. Wie aus Madrid gemeldet wird, hat am Freitagabend die Unterzeichnung des deutsch-spanischen Handelsvertrages stattgefunden. Am Samstag hat im Ministerium des Aeußeren ein Essen zu Ehren der deutschen Vertreter stattgefunden, an dem auch Primo de Rivera teilnahm. — Wie die Blätter melden, sprach sich Staatssekretär Hagedorn sehr befriedigt über den Abschluß des deutsch-spanischen Handelsvertrages aus. Alle deutschen Ausfuhrwaren hätten erträgliche Sätze erreicht. Spanien gewähre ausnahmslos die zweite Kolonne des Zolltarifs, außerdem für viele wesentliche deutsche Erzeugnisse im Sinne der Meißbegünstigung bis 20 Prozent Nachsch. Deutschland habe Zugeständnisse für die Ausfuhr spanischer Früchte, besonders für Bananen und Trauben gemacht, während die Orangen wie im vorläufigen Abkommen behandelt würden. Für Tisch- und Süßwein gewähre Deutschland die Meißbegünstigung, also die italienischen Weinpreise. Roter Verschnittwein dagegen werde wie im Protokoll behandelt. Im spanischen Verbot der freien Farbeneinfuhr sollen demnächst Erleichterungen eintreten. Der Vertrag gilt auf unbestimmte Zeit, aber auf mindestens ein Jahr mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten. Beide Teile wollen den Vertrag bis zum 18. Mai bestätigen.

Die deutsche Delegation für die internationale Paßkonferenz Berlin, 8. Mai. Auf der am 12. Mai in Genf beginnenden internationalen Paßkonferenz wird Deutschland durch folgende Delegation vertreten sein: Auswärtiges Amt: Gesandter Dr. Edart als Delegationsführer und Legationsrat Dr. Kraske; Reichsministerium des Innern: Regierungsrat Krause; preussisches Ministerium des Innern: Oberregierungsrat Wolff.

Die Eröffnung des Gebolei

Düsseldorf, 8. Mai. Düsseldorf's große Ausstellung für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen ist Samstag vormittag feierlich eröffnet worden. Oberbürgermeister Dr. Lehr begrüßte die rund 4000 Gäste, darunter Reichskanzler Dr. Luther, Reichsinnenminister Dr. Kütz und Justizminister und Minister für die besetzten Gebiete Marx und Vertreter der Länder. Nach den Begrüßungsworten sprach der preussische Ministerpräsident Braun und Reichskanzler Dr. Luther, beide Gesundheitspflege und soziale Fürsorge würdigend.

Ausland.

Wiederbeginn der militärischen Operationen in Marokko

Paris, 8. Mai. Nach einer Havasmeldung aus Rabat, hat das französische Flugzeuggeschwader die Beschließung der gegnerischen Ansammlungen wieder aufgenommen. Die Abteilungs in der Gegend von Med-Aert haben ihre Vorwärtseingewiesener Ausstattung. Man gab einen neuen „Wasserschmid“ nach Wiesbadener Muster, einen „Lohengrin“ nach Bayreuther Vorbild mit halbobergehehen Pointen. Neu und heterer itegen die alten Operetten wieder aus ihrem Staub hervor, die alte, langweiligen Opern belebten sich unter seinem Taktstock. — Man war seit zwanzig Jahren gewohnt, die Iphigenie von der Ufsky zu sehen, die immer noch stattdich, aber mit bereits scharf gewordener Stimme die Treppen zum Tempel erstieg; derselbe Siegfried schwang seit zehn Jahren unermüdet den Walsebalg, obwohl er klein und fett geworden war und von dem Siegfried eigentlich nur der Name geblieben war, und dieselbe Ebenhausensche Carmen lief mit der Nelke in dem Mund dieselbe Treppe herunter, in demselben gelben Kleid mit schwarzem Samtgitter und Spitzen, das die Sonnenberger nun schon auswendig kannten.

Mariot geriet in einen Kampf mit dem Regisseur, der unter Wohlgeut alt und grau geworden war, „und fett“, fügte Mariot höhnlichelnd hinzu. Er selbst war schlank, sehnig und muskulös, man traute diesen feinen mageren Händen gewiß nicht fowiel Kraft zu, wie sie besaßen. Er war ein vorzüglicher Jechter, ging auf die Jagd und war als guter Schütze bekannt. Er bestand auf der Ausführung seiner Ideen. „Das Dämonische äußert sich in seiner durchaus positiven Tatkraft“, seufzte der Stephensberger. Arbeiten, arbeiten war die neue Losung.

„Nur Fräulein Rott macht eine rühmliche Ausnahme darin“, denn sie strengt sich auch jetzt nicht an“, sagte Mariot. „Ja, ja, Fräulein Rott, Tätigkeit unterscheidet und erhebt uns über das Pflanzenreich. Mühsiggang bringt uns ihm näher, hat Friedrich der Große, glaube ich, einmal gesagt.“ Und er lächelte spöttlich über die helle Zornesröte, die ihr über das Gesicht schoß.

Franziska wischte sich in ihrer Garderobe die Tränen vor dem Spiegel ab. Es umgab Mariot etwas Unerklärliches, Unaufgeklärtes, Unheimliches, das ihn den Frauen anziehend und unwiderstehlich machte.

bewegung begonnen. General Boichut ist in Rabat eingetroffen, um von dort aus die Operationen zu leiten.

Paktverhandlungen im Osten

Riga, 8. Mai. Der lettische und der estländische Außenminister haben gleichzeitig den Vertretern Sozialistischer Parteien in Riga und Reval die Antwort ihrer Regierung auf das sowjetrussische Paktangebot übermitteln lassen. Der Text beider Noten ist völlig gleichlautend und stimmt fast ganz mit der einen Tag früher erteilten Antwort Finnlands überein. Beide Staaten erklären die Bereitschaft, einen solchen Pakt abzuschließen, der aber dem Völkerbundesstatut nicht widersprechen dürfte.

Aus Baden

Haushaltsauschuss des Landtages

Karlsruhe, 8. Mai. In der fortgesetzten Etatsberatung wurden ohne wesentliche Debatte die allgemeinen Ausgaben für Rechtspflege bewilligt, ebenso die Mittel zur Erweiterung der Diensträume in Vörrach und Heidelberg. Zu 1000 Einnahmen teilte der Berichtsstatter mit, daß die Gerichtsgelände mit einer Erhöhung von 8,2 auf 9,6 Millionen in Einnahme gestellt seien. Daraus gehe die Bedeutung der Streitsucht der Menschen für die Staatsfinanzen hervor.

Erweiterung der badischen Regierung?

Eine Umfrage der Süddeutschen Reichskorrespondenz Die badische Regierung besteht zurzeit, wie man weiß, aus zwei Parteien: Zentrum und Sozialdemokratie. Die Deutsche Demokratische Partei schied nach den Landtagswahlen im Herbst v. Js. aus der damaligen Weimarer Koalition aus. Den Zustand der Zwei-Parteien-Regierung hat man allgemein als Provisorium aufgefaßt. Er dauert aber heute noch an. Da in der letzten Zeit die Frage einer Regierungserweiterung von der Presse der verschiedensten Richtungen wieder aufgetrieben wurde, hat sich die Süddeutsche Reichskorrespondenz an Parlamentarier aller Parteien des badischen Landtags gewandt, um ihnen die Frage vorzulegen: Halten Sie eine Erweiterung der derzeitigen badischen Regierungskoalition für wünschenswert, möglich und wahrscheinlich? Aus den eingelaufenen Antworten ist u. a. hervorzugehen:

Von Zentrumsseite:

1. „Wünschenswert“ ist es politisch gesehen, daß die Regierung auf breiter Grundlage ruht und tunlichst alle Kreise des Volkes daran beteiligt sind.
2. „Möglich“ wäre diese Lösung, wenn dieses Ziel allmählich vor parteipolitische und andere Sonderziele gestellt würde.
3. Da im politischen Leben das Unwahrscheinliche oft Wirklichkeit wird, kann zur Ausführung einer Lösung nichts einzuhalten Wahrscheinliches gesagt werden, besonders nach den Erfahrungen namentlich im Herbst 1925.

Präsident Dr. Schöfer, M. d. L.

Von sozialdemokratischer Seite:

Die gegenwärtige Regierung in Baden hat eine feste parlamentarische Grundlage, so daß zurzeit eine Erweiterung nicht unbedingt notwendig erscheint. Trotzdem halte ich eine Erweiterung für wünschenswert, und zwar die Wiederherstellung der Weimarer Koalition. Die drei Parteien dieser Koalition haben im Interesse des badischen Volkes und indem sie selbst parteipolitische Schwierigkeiten ablegen, zum Wohle des Landes die schwersten Jahre hindurch nach der Revolution die Regierung geführt. Es erscheint mir erwünscht, daß diese Koalition wieder aufgenommen werden.

Voraussetzung ist allerdings, daß der Wille zur Fortsetzung der Weimarer Koalition bei allen beteiligten Seiten vorhanden ist. Verhandlungen hätten nur dann einen Sinn, wenn dieser Wille festgestellt wird. Danach kann jeder Ansehliche der demokratischen Partei sich die Frage, ob die Erweiterung der Regierung wahrscheinlich ist, selbst beantworten.

Staatsrat M. a. u. m., M. d. L.

Von der Deutschen Volkspartei:

Auf dem Mannheimer Parteitag der D.V.P. vor wenigen Wochen wurde erneut festgestellt, daß eine von dauernden einseitigen Bindungen freie Politik der Mitte die Grundlinie der D.V.P. sein soll. Von diesem Standpunkt aus erscheint uns eine Erweiterung der derzeitigen badischen Regierung zur großen Koalition dann als wünschenswert, wenn sich eine von offenen oder heimlichen machtpolitischen Bestrebungen freie nur auf sachliche Lösung der Aufgaben des inneren Wiederaufbaus

Der Intendant ließ ihn walten. Als Tristan zum erstenmal unter ihm aufgeführt wurde, ließ er als Goll eine Frolde aus Frankfurt kommen. Von da ab erkrankte die Ufsky wirklich. ...

Der scharfe Doktor in der Morgenzeitung gratulierte dem Theater dazu.

Nie sah man Mariot auf der Straße mit einer Dame vom Theater; wenn er ausging, begleitete ihn seine Frau. Jedermann fühlte, daß sie diesem Mann ummühtlich genügen konnte, ihre Reize waren verblüht, ihr Geist klein.

Man sah es ihren blühenden, dunklen Augen an, ihren hastigen, nervösen Bewegungen, daß sie eine jener Künstlerinnen war, die sehr jung geheiratet war, um dann vom dem geliebten Mann zeitweilig betrogen zu werden.

Es gibt Männer und es gibt Frauen, die zum Betrogenwerden geboren scheinen. — Frau Mariot wurde von den Kolleginnen angeschwärmt, es war leicht, mit dieser Frau zu verkehren, der man die helle Seite des Entzückens über die Wangen jagen konnte mit einem Lob ihres Mannes und auf die man eifersüchtig zu sein nicht nötig hatte.

So oft Mariot dirigierte, sah die rotblonde, kleine Baronin Loh in ihrer Edlogge, halb verdeckt von dem schweren Vorhang. Die Baronin hatte blaue Emallieaugen, ein Puppengesicht mit herrlichem, viel zu schwerem goldblondem Haar. Die Eleganz ihrer Toiletten, ihres Goldnuckes, ihrer Pelze, ihrer Fächer erregte die Aufmerksamkeit aller, und die junge Frau, welche mit klopfendem Herzen in ihrer Loge saß, zernagt von dem aufkeimenden Zweifel von Haß und Furcht, ließ keinen Blick von ihr. Sie stand dem Hofe nahe und war von einem eifersüchtigen, noch jüngeren Gatten streng bewacht. Es war für alle interessant, zu beobachten, wie sich diese beiden Frauen zu einander verhielten. Vorläufig saßen sie einander abgewandt, und wenn sie sich unbedachtlich fühlten, maßten sie einander mit Blicken, und es war nicht schwer zu erraten, daß hier der Auftakt zu einer Tragödie begann.

Franziska.

Der Roman einer Opersängerin

Von Elisabeth Hill

Copyright by M. Feuchtraenger, Halle a. d. S.

29. Fortsetzung.

„Immer auf den Taktstock schauen“, hatte Wohlgeut Franziska eingeprägt, und sein Ruf: „Rott, schauen Sie doch her!“, der ihr immer wieder dazwischen lag. lebte noch in ihr, als Mariot kam. Bei der ersten Probe der „Königsstauer“ war sie bemüht, sich vor diesem nervösen Dirigenten keine Blüten zu geben, und sie folgte wie gebannt seinem Taktieren. „Was sehen Sie denn immer herunter auf das Pult“, rief Mariot ihr zu, „was gibt denn das dem Publikum für ein Bild! Sie können doch nicht spielen und dabei mich anschauen! Mit dem Ohr hören müssen Sie, nicht mit dem Auge!“

In dem Theater wurde jetzt mit einer Intensität und Schnelligkeit gearbeitet, wie kaum an einem auswärtigen gleichrangigen Theater. Daß man zehn Stunden lang Dienst hatte, gehörte zu den gewöhnlichen Anforderungen, von den Leistungen des technischen Personals wurde etwas geradezu Gewaltiges verlangt. Die Volontär- und Anfängerwirtschaft, das Herausbringen einer Erstausführung mit einer Arrangierprobe und zwei bis höchstens vier Stückproben war gang und gäbe unter Wohlgeut. Wenn nur die erforderliche Zahl der Opern herausgebracht werden konnte.

Mariot kam mit einem festen Programm, und danach handelte er. „Im zweiten Jahre sind Sie alle eingeübt, dann geht alles von selbst“, erwiderte er auf die Klagen der angestrengten Sängerrinnen. „Sie holen jetzt nur nach. Sätten Sie vorher überhaupt gearbeitet, brauchten Sie sich jetzt nicht anzustrengen. Arbeiten müssen wir alle.“

Die verstaubten alten Mozartopern wurden gelübert, geordnet, und zierlich abgerundet erschienen sie entzückend neu und jung. Mariot bestand energisch auf

angehende Zusammenarbeit erreichen laßt, in der jeder der ver-
trug liberalen Parteien für sich ein dem Ausmaß der von ihr zu
tragenden Verantwortung entsprechender Einfluß eingeräumt
wird. Die seitliche sachliche und personelle Politik der derzeitigen
Regierung hat uns diesem Ziel nicht näher gebracht. Früher
erörterte Lösungsmöglichkeiten bestehen heute nicht mehr.
Eine Regierungsänderung ist deshalb voraus, daß neue Wege
gesucht und eingegangen werden. Die Unklarheit, die die Regie-
rungsparteien bisher darüber bestehen ließen, welche Verbin-
dungsmöglichkeiten zwischen ihrer bisherigen Politik und der
einer großen Koalition sie selbst für möglich halten, läßt es als
unwahrscheinlich erscheinen, daß es möglich sein wird, die not-
wendig gewordenen neuen Voraussetzungen für eine Erweite-
rung der derzeitigen Regierung zu schaffen.

Dr. Mattes, M. d. L.

Von der Deutsch-Demokratischen Partei.

Sie fragen zunächst, ob ich eine Erweiterung der derzeitigen
Regierung für wünschenswert halte.

In jedem Parlament muß es gegenüber der Regierung und
die sie tragenden Parteien eine Opposition geben. Wenn diese
ihre Aufgabe richtig erfüllt und sie stets vorangeht, als müsse sie
morgen ihre Grundsätze und Forderungen selber verwirklichen,
dann ist sie auch außerhalb der Regierung wertvolle Arbeit für
Land und Volk leistend.

So gesehen, ist der jetzige Zustand in Baden an sich kein außer-
gewöhnlicher; die Regierungsparteien verfügen über 44 der 72
Stimmabstimmungen und damit über die einfache Mehrheit und man
darf nicht sagen können, daß die Opposition ihr durch unzufö-
hliches oder ungeländes Auftreten die Arbeit unnötig erschwere.

Anders liegen die Dinge, wenn man fragt, ob es den Inter-
essen des Landes dienlich ist, daß die für das Staatsganze noch
so wertvoll und wichtig bürgerlich-freieitlichen Gruppen auf
die Dauer an der Regierung unbetätigt sind. Diese Frage ist
zu verneinen, insonderheit für die letzten politischen, aber auch vor
vor allem wirtschaftlich noch keineswegs normalen Zeiten. Ich
möchte diese Feststellung, ohne zu übersehen, daß es die Wähler-
schichten der genannten Gruppen durch eine beklagenswerte
Schicksalsfügung am 25. Oktober 1925 verstimmt haben, eine sach-
gemäß so starke Vertretung in den Landtag zu entsenden, daß
man an ihr bei der Regierungsbildung einfach nicht hätte vor-
übergehen können.

Da eine Regierungserweiterung möglich ist? Gewiß! Dann
nämlich, wenn beide Teile — die jetzigen Regierungsparteien
und die, die dazu kommen sollen — es wünschen. Von autoritari-
ser Seite der Regierungsparteien aber, nämlich von Herrn
Dr. Schofer, stammt das Wort, daß es auch ohne Liberale und
Demokraten gehe. Das ist deutlich, ist übrigens auch — rein
sachgemäß betrachtet — durchaus zutreffend und läßt nicht er-
warten, daß von jener Seite die Initiative zu einer Regierungsbil-
dung in nächster Zeit ergriffen wird. Das dieser Wunsch
auch nicht geäußert ist, die Gegenfrage zu einer Initiative zu er-
möglichen, liegt auf der Hand. Man wird somit zunächst abzu-
warten haben, wie lange die von Herrn Dr. Schofer geäußerte
Auffassung bei der maßgebenden Regierungspartei bestehen
bleibt. Die deutsch-demokratische Fraktion wird bei diesem Ab-
warten nicht ungeduldig werden.

Tamit ist auch der Teil Ihrer Anfrage, der von der Wahr-
scheinlichkeit der Regierungsbildung spricht, beantwortet.
Karl Dees, M. d. L.

Von der Bürgerlichen Vereinigung:

Nur eine Umstellung, nicht aber eine bloße Erweiterung der
Regierung, können wir Deutschenationale als eine Sache von
Bedeutung ansehen. Warum soll eine bloße Erweiterung der
Regierung wünschenswert sein und für wen? Glaubt irgend je-
mand, daß das auch nur von fern einen Umschwung bedeutete?
Denk ich doch kein Umschwung, wenn etwa bei Stellenver-
änderungen künftig auch einmal wieder ein Liberaler oder ein
Demokrat berücksichtigt würde. Daneben könnte auch vom Stand-
punkt des Zentrums aus eine Erweiterung für wünschenswert
angesehen werden; denn es könnte sich dann vor den Wählern
demonstrieren, daß es keine Politik, insonderheit keine Kultur-
politik, nicht nur mit der Sozialdemokratie mache. Aber garzeit
lassen, inwiefern man sieht, die Dinge so, daß Zentrum und Sozial-
demokratie die Last und die Verantwortung für die Regierung,
wie sie das verstehen, glauben allein tragen zu können, und sie
lassen dabei nicht schiedlich. Keine bloße Erweiterung würde das
wesentlich ändern. Die Sozialdemokratie kommt den tiefsten
Belangen des Zentrums nach Kräften entgegen, und dieses im
Verhältnis der Stärke den marxistisch-auffälligeren der Sozial-
demokratie. Die Kosten trägt der evangelische Bistumsteil. Durch
den Zugang der Demokraten und der Liberalen würden vielleicht
die auffälligeren Tendenzen etwas verflüchtigt — vielleicht und
auch dann nur so, daß das Zentrum sich dafür seinen Preis zah-
len ließe. Das ist ja der Gang der Dinge bisher gewesen, und
wir Deutschenationale haben ihn immer laut und deutlich für
unwünschlich bezeichnet.

Realist aber ist trotz allem die Erweiterung der derzeitigen
Regierung doch. Was sollen zwei Parteien wie Zen-
trum und Sozialdemokratie, die, allen Gegenständen ungeachtet, wie
Schwefel zusammenhalten, unmöglich sein?

Ob aber die Erweiterung wünschenswert ist? Früher oder spä-
ter — Der Politiker soll nicht den Propheten spielen wollen.
Um aber mit einem positiven Urteil zu schließen: Dringend er-
wünscht und notwendig wäre im Reich und in den Ländern die
Regierungen, die eine wirkliche Volksgemeinschaft darstellen. Dazu
gehört die ernstliche Berücksichtigung und Anwendung der
deutschenationalen Programmpunkte.

Dr. Mayer, M. d. L.

Karlsruhe, 8. Mai. (Verleihung der Rettungsmedaille.)
Das Staatsministerium hat dem Verwaltungssekretär
Friedrich Kinkelen in Karlsruhe, der unter eigener Lebens-
gefahr einen Knaben vom Tode des Ertrinkens gerettet
hatte, die badische Rettungsmedaille verliehen.

Karlsruhe, 8. Mai. (Der Haushaltsausfluß in Augusten-
berg.) Am Donnerstag behandelte der Haushaltsausfluß die
Landwirtschaftliche Versuchsanstalt und Landwirtschafts-
schule Augustenberg bei Grödingen. Anwesend waren auch
der zuständige Minister Kemmele. Der Direktor der Landw.
Versuchsanstalt, Prof. Dr. Mach gab einen kurzen Überblick
über die Geschichte und Entwicklung der 1859 gegründeten
Anstalt, die das Hauptgewicht auf die Versuchstätigkeit legt.
Daneben findet eine ausgedehnte Untersuchungsstätigkeit
statt. Schließlich sorgt die Anstalt durch Lehrkurse, Vorträge
und Veröffentlichungen dafür, daß die Fortschritte der Wissen-
schaft der Praxis zugänglich gemacht werden. Sie erteilt
auch unentgeltliche Auskünfte über alle Fragen, die in ihre
Arbeitsgebiete fallen. Dem Vortrag schloß sich ein Rundgang
durch das Anstaltsgebäude an, bei dem die Einrichtungen
gezeigt und erläutert wurden.

Landshausen bei Eppingen, 8. Mai. (Großfeuer.) Zum
zweiten Male binnen kurzer Frist brach Mittwochabend
Feuer aus, das innerhalb weniger Stunden zwei Wohn-
häuser und zwei Scheunen in Schutt und Asche legte. Ab-
gebrannt sind Wohnhaus und Scheune des Landwirts Her-
mann Dillingen und Wohnhaus und Scheune des Land-
wirts Jol. Anton Kiltan. Während das Vieh mit großer
Mühe gerettet werden konnte, sind die Fahrnisse der beiden

Geschädigten größtenteils verbrannt. Der Schaden an Fahr-
nissen dürfte nach vorläufiger Schätzung 30 000 Mark be-
tragen, der an Gebäuden nicht weniger. Man vermutet
Brandstiftung.

Forstheim, 8. Mai. (Lebensmüde. — Rohheit.) Die 34
Jahre alte Frau, die Kettenmacherin, Witwe des verstor-
benen Graveurs K. beging Selbstmord durch Einatmen von
Leuchtgas in der Küche ihrer Wohnung. — Auch in einem
Haufe der Altstädterstraße versuchte sich eine 38 Jahre alte
Frau mit Leuchtgas zu vergiften. Sie wurde ins Kranken-
haus gebracht und befindet sich jetzt außer Lebensgefahr. —
In einem Hause der Karl-Friedrichstraße entstand abends
zwischen Hausbewohnern Wortwechsel, der in eine Schlägerei
ausartete. Einer der Teilnehmer schlug dabei den 38
Jahre alten ledigen Dreher Albert Staiger, zurzeit arbeits-
los, mit einem Beil auf den Kopf. Der Verletzte wurde ins
Krankenhaus gebracht. Die Wunde ist nicht lebensgefährlich.

Heidelberg, 8. Mai. (Besuch der amerikanischen Hoteliers.)
Von Frankfurt kommend trafen am Freitag vormittag die
amerikanischen Hotelbesitzer, die sich bekanntlich auf einer
Reise durch Europa befinden, im Sonderzug in Heidelberg
ein, wo sie sich sofort vom Bahnhof zum „Europäischen Hof“
begaben und von hier in großen Gesellschaftsautomobilen
zum Schloß fuhren. Die Reisegesellschaft bestand aus etwa
300 Personen, Herren und Damen, darunter eine größere
Anzahl von Vertretern der amerikanischen Presse, Film-
operatoren und Dolmetschern. Der Heidelberger Verkehrs-
verein hatte sich zusammen mit den Heidelberger Hoteliers
für den Besuch der amerikanischen Gäste auf dem Schloß eine
besondere Ueberraschung ausgedacht. Am Tor zum Schloß-
garten trat beim Erscheinen der amerikanischen Gäste eine
Friederizianische Wache ins Gewehr, während am Schloßtor
selbst ein Fanfarenläuten Hellebardierte das schwere Tor
zum Eintritt in den Schloßhof öffneten. Vom Schloßhof aus
teilte sich die Reisegesellschaft in verschiedene Gruppen zur
Besichtigung der Schloßräume, wobei ebenfalls einige Ueber-
raschungen die Aufmerksamkeit der Amerikaner in besonde-
rem Maße zu fesseln geeignet waren. Im Otto-Heinrichsbau
sah man den Kurfürsten Otto Heinrich auf dem Thron, von
Gefolge umgeben und weiterscheidend durch den Friedrichs-
bau in der Schloßkapelle Karl Theodor mit den Damen und
Herren seines Hofes. Derart war die romantische Stim-
mung, die das Heidelberger Schloß amiel, lozungen auch per-
sonifiziert. In dem reichen Pflanzenstaud, dem Katzenlied
und dem weichen Spiel eines Streichorchesters wirkte die
Schloßkapelle eine eigenartige Stimmung aus. Belebte von
Gestalten in historischem Kostüm war gerade dieses Bild für
die amerikanischen Gäste von besonderer Anziehungskraft, wie
sie auch in Gesprächen deutlich erkennen ließen. Durch die
gepflegten Schloßanlagen kamen die Besucher dann zum
großen Saal, wo Perle in einer humorgewirkten Rede mit
deutschen Anspielungen auf das trodene Amerika und sei-
nen, nämlich des Zwerges, Jagenhaften Turst, die Ameri-
kaner einlad, jetzt dem Pfälzer Wein recht zuzusprechen. Be-
vor es aber soweit kam, hat König Rupprecht, der im Schloß-
hof im Sanktethron mit Gefolge und Truf aufzog, die Damen
und Herren zu Tisch. Hierfür war nun das sogenannte
„Bauhhaus“ festlich hergerichtet. Amerikanische Flaggen, die
schon in der Stadt den Gästen Gruß entboten hatten, schmück-
ten mit den Fahnen in den Reichs- und den badischen Far-
ben den weiten Raum, dessen Wände mit prächtvollen Ge-
bildern behängt waren. Hier gab die Stadt Heidelberg nun
ein Frühstück, in dessen Verlauf Oberbürgermeister Dr. Walz
im Namen der Stadt Heidelberg und Rektor Geh. Rat Lipp-
mann im Namen der Universität Begrüßungsworte sprachen,
die von amerikanischer Seite mit herzlichsten Dankworten
erwidert wurden. Nach 5 Uhr traten die Amerikaner die
Weiterreise nach Baden-Baden an.

Gamshurst (Amt Albern), 8. Mai. (Der Glockenturm ab-
gebrannt.) Donnerstag mittag schlug der Blitz in den Turm
unserer Kirche, in der sich um diese Zeit etwa 20 Personen
befanden. Die Ziegel fielen herunter und das Mauerwerk
des Turmes wurde in einer Kreise von drei Metern heraus-
gerissen. Durch das herabfallende Gestein kam ein vorüber-
gehendes Mädchen zu Schaden. Eine Viertelstunde später
wurde festgestellt, daß der Turm brannte. Die schnell herbei-
geeilten Feuerwehren von Albern und Umgebung konnten
trotz aller Anstrengungen dem Element nicht beikommen.
Der Glockenturm wurde bis zum Gewölbe herunter zerstört.
Eine der vier Glocken kam auf das Gewölbe zu liegen, wäh-
rend die drei anderen im Glockenstuhl verblieben.

Freiburg, 8. Mai. (Schiedspruch.) Der Freiburger Schlich-
tungsausschuß hat für den Bezirk Freiburg den von der
badischen Ziegeleiausfuhr verlangten Lohnabbau von 20
Prozent nicht genehmigt. Der Spitzlohn von Arbeitern
über 21 Jahren betrug 66,5 % pro Stunde, während in der
weiteren Umgebung 63 % bezahlt wurden.

Freiburg, 8. Mai. (Kältebruch im Schwarzwald.) Der
Hochschwarzwald hat eine geschlossene Schneedecke von etwa
5 Zentimetern erhalten, wobei die Temperaturen auf drei
bis vier Grad Kälte zurückgegangen sind.

Stetten (Amt Waldshut), 8. Mai. (Durch Startstrom ge-
tötet.) Dr. bei den Umbauarbeiten am hiesigen Driesch ge-
schäftigte Arbeiter Oskar Siebert aus Görwihl kam mit der
Startstromleitung in Berührung und war sofort tot.

Konstanz, 8. Mai. (Hauptversammlung des Verbandes
der Gasthofbesitzer am Bodensee und Rhein.) Auf Donner-
stag hatte der Verband der Gasthofbesitzer am Bodensee und
Rhein seine Mitglieder zur 25. Generalversammlung nach
Konstanz geladen. Der Kassierbericht betonte vor allem die
Notwendigkeit einer wirksamen Bekämpfung. Bei der Erwahlung
wurde Josef Hildenbrand Ravensburg an Stelle seines
Bruders Otto Hildenbrand in den Vorstand gewählt. Das
Fremdenblatt „Bodensee und Rhein“, das nunmehr wieder
in neuer Auflage erscheint, soll das wirksamste Bekämp-
fungsmittel im neuen Jahre sein. Der Neubund des Hotelregis-
ters und die Frage der Inzeratreflamme in großen Tageszeitungen
bildete einen weiteren Gegenstand längerer Ausführungen.
Im neuen Voranschlag soll ein größerer Beitrag für diesen
Zweck eingesetzt werden. In einer Eingabe an das Finanz-
ministerium wird um Befassung der alten Zolltarife für
Druckereien, die dem Fremdenverkehr dienen, ersucht. Die
nächste Hauptversammlung soll in Ravensburg stattfinden.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 10. Mai. Wie bereits schon gemeldet, wurde gegen
über dem Rathaus Sand ein Bismarckdenkmal erstellt. Der
Schöpfer der vortrefflich ausgeführten Bismarckplakette ist Herr
Bildhauer Sauer von hier.

Durlach, 10. Mai. (Erfolgreiches Sparen.) Sparen
ist heute ein Wort, das man überall mit Mißtrauen betrachtet.
Hat's noch Wert, zu sparen? Kann man damit etwas erreichen?
Ja, man kann's, wenn man den festen Willen dazu aufbringt.
Das beweisen die Hunderte von Sparern, die sich der Gemein-
schaft der Freunde in Wülstenrot, O.A. Heilbronn (Württem-
berg) angeschlossen haben. 62 von diesen Sausparern konnte
im Monat April ihr Bausgeld für ein eigenes Heim zur Ver-
fügung gestellt werden, nachdem auch im März 65 Leute ihr
Bausgeld erhalten hatten. Insgesamt hat die G. d. F. bis jetzt
schon rund 5 1/2 Millionen Reichsmark in etwa 15 Monaten prak-
tischer Tätigkeit zur Verfügung gestellt. Hier zeigt sich, daß
Selbsthilfe besser ist als das Schreien nach Staat und Gemeinde.
Mögen noch recht viele diesen Weg eingeschlagen, um aus dem
Bohnelend herauszukommen. Auch in unserer Gegend
haben sich viele an der Sache beteiligt und im April wurden u.
a. auch folgende Sparer mit ihrem Bausgelde beglückt: Professor
Dr. S. Blaz, Bruchsal, Stationsmeister A. D. Auer, Badstadt,
Biv. W. Schmidt, Rodenbach.

— Ueber den Kältefall der letzten Tage schreibt Dr.
Schmidt von der Bad. Landeswetterwarte u. a.: Nach der
außerordentlich warmen Witterung in der letzten April-
woche liegen die Temperaturen mit Maibeginn ungewöhnlich
niedrig. Es ist dies der in der Regel festzustellende
Mai-Kältefall, der in diesem Jahre um einige Tage ver-
früht eintrat. Man beobachtet, daß einige Tage vor Beginn
dieses Temperaturwechsels ein Hochdruckgebiet bei Island
auftritt. Sobald das Hoch in südlicher Richtung an der eng-
lischen Westküste vorbeizieht, werden auf der Ostseite des-
selben kalte, polare Luftmassen nach Europa transportiert
und bewirken einen plötzlichen Temperaturfall. Meist wird
dieser noch verstärkt durch nachfolgende Ausstrahlung infolge
Aufhellung, so daß es zu Nachfrösten kommen kann. Auch
in diesem Jahre konnte der eben beschriebene Vorgang ver-
folgt werden. Noch am 1. Mai lag die mittlere Tages-
temperatur über der normalen. Am Sonntag, den 2. Mai
erreichte uns eine erste Kaltluftstapel, die sich um 8 Uhr
morgens an diesem Tage von der Nordküste Frankreichs über
Mitteldeutschland bis Kurland erstreckte. Sie stellte die
Vorderfront eines Polarstromes dar, der am Südostrande
eines bei Norwegen gelegenen Hochdruckgebietes gegen
Europa vorrückte. Eine zweite Kältefront des gleichen
Stromes lag zu diesem Zeitpunkt noch etwa beim 60. Breiten-
grade über Skandinavien und Finnland. Die erste Kälte-
front wurde bei ihrem Vordringen erst von den Alpen auf-
gehalten und dort in die Höhe gehoben, wobei es häufig zu
Wolkenbildung und Regenfällen kam. In den folgenden
Tagen lagen beide Kaltluftfronten ziemlich unverändert, die
eine am Nordrande der Alpen, die andere auf der Linie
Bromberg—Kraken—Pinsk. Inzwischen hatte sich vom nor-
wegischen Hoch ein Teil losgelöst, wandert von Island nach
Süden und führte den rechten Flügel der zweiten Kaltluft-
front gegen Europa heran. Infolgedessen kam es erneut zur
Stauung und Wolkenbildung in Südbaden. Die Tempera-
turen gingen soweit zurück, daß es auf dem F. d. Berg bei
— 6 Grad schneite. In verschiedenen Teilen d. Schwarzw-
waldes trat Frost auf. Da von Norden keine weitere Kalt-
luftstapel nachdrückt, ist wieder mit langsamer Erwärmung
zu rechnen.

— Billige Eisenzüge. Die Reichsbahndirektion Karls-
ruhe beabsichtigt, während der kommenden Reisezeit bei ge-
nügender Beteiligung einige billige Eisenzüge vierter
Klasse mit 33 1/2 Prozent Fahrpreismäßigung nach land-
wirtschaftlich hervorragenden Gegenden und viel besuchten
Orten zu fahren. Vorläufig sind folgende Sonderzüge in
Ausficht genommen: am 6. Juni von Basel—Freiburg—
Offenburg nach Heidelberg (Schloßbeleuchtung), ebenso von
Würzburg—Merheim—Eberbach nach Heidelberg und von
Heilbronn—Sinsheim nach Heidelberg; am 12. und 13. Juni:
Mannheim—Heidelberg—Karlsruhe—Forstheim nach dem Höl-
lentäl—Zellberg—Neustadt; am 4. Juli: Vom Schwarzwald
—Offenburg nach Heidelberg (Schloßbeleuchtung); am 17.
und 18. Juli: Mannheim—Karlsruhe—Triberg nach Triberg
—Konstanz (Schloßbeleuchtung Meersburg). Da die Züge
nur dann ausgeführt werden, wenn mit genügender Betei-
ligung, d. h. mit einer die Selbstkosten deckenden Einnahme,
gerechnet werden kann, müßte diese billige und rasche Reise-
möglichkeit durch zahlreiche Beteiligung sichergestellt werden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Eintritt Adam Höders in das „Reichsbanner“. Adam
Höder in Karlsruhe, der alte Christlich-Konservativer, ehe-
dem Chefredakteur des konservativen Parteiblattes in
Stuttgart, als Reichstagsabgeordneter Mitglied der Zen-
trumsfraktion, hat an den Vorsitzenden des Reichsbanners
Schwarz-rot-gold, Oberpräsidenten Höring, Magdeburg,
einen Brief gerichtet, in dem er das Erbhuchen ausdrückt,
ihn in die Mitgliederliste des Reichsbanners einzeichnen
zu lassen.

Nach weitere 4 Beamte des sowjetrussischen Finanzkom-
itees erschossen. Ueber die Ermordung der Beamten des
Finanzkomiteates wird dem G. P. U. (frühere Tscheta)
noch folgendes bekannt: Außer den bereits genannten drei
Beamten sind noch weitere vier Beamte erschossen worden.
Von diesen letzteren vier ist einer ein russischer Staatsan-
gehöriger. In der offiziellen Erklärung der Sowjetregie-
rung wird mitgeteilt, daß die Beamten sich Bauspeltula-
tionen mit Tschernowez haben zuschulden kommen lassen und
die Sowjetregierung um ca. 10 Millionen Rubel geschädigt
haben.

Ausgrabungsfunde in Südpalästina. Wie aus Jerusa-
lem gemeldet wird, ist bei Ausgrabungen in der alten Kö-
nigstadt Kirjat-Senher in Südpalästina eine der vollstän-
digen altkananischen Niederlassungen zutage gefördert
worden. Die Mauern sind 40 Fuß hoch und 10—40 Fuß
breit. Es wurden auch große komplizierte Fort-Anlagen,
Türme und Bogenpfeiler, sowie ein System von Gängen
und Zimmern zur Aufbewahrung von Vorräten aus der
Zeit 2000—600 v. Chr. freigelegt.

Neueste Nachrichten.

Der Termin für den Volksentscheid.

T. U. Berlin, 9. Mai. Wie an zuständiger Stelle ver-
lautet, beabsichtigt die Regierung, als Tag des Volks-
schiedes einen der letzten Sonntage des Monats Juni zu
bestimmen. Der endgültige Termin ist noch nicht fest-
gelegt.

Kompromißverhandlungen über die Flaggenfrage.
 T.U. Berlin, 8. Mai. Heute nachmittag fanden mehrtägige Verhandlungen zwischen den Parteiführern und der Regierung über die Möglichkeit eines Kompromisses in der Flaggenfrage statt. An den Verhandlungen nahmen teil Dr. Stresemann und Dr. Brauns, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Brüninghaus, vom Zentrum von Guérard und Stegerwald, von der bayerischen Volkspartei Leicht und von der demokratischen Partei Koch-Weser. Ueber den Inhalt der Besprechungen bewahren die Verhandlungsführer strengstes Stillschweigen. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht zu Ende geführt, sondern werden am Sonntag nachmittag in der Reichskanzlei fortgesetzt. An den Verhandlungen wird auch der Reichskanzler teilnehmen. Koch-Weser, der morgen vormittag in Erfurt sprechen wird, wird im Flugzeug sofort wieder zurückkehren, um den weiteren Verhandlungen beizuwohnen.

Die Besprechungen über die Flaggenfrage.
 T.U. Berlin, 9. Mai. Wie die Morgenblätter aus Düsseldorf melden, benutzte Reichskanzler Dr. Luther den gestrigen Nachmittag zu eingehenden politischen Besprechungen mit dem Reichsminister des Innern, Dr. Külz. Nach kurzem Aufenthalt auf dem Festbankett trat der Reichskanzler die Rückreise nach Berlin an. Nach den Morgenblättern wird Dr. Luther den Parteien neue praktische Vorschläge unterbreiten. Es handelt sich dabei wohl um den Versuch, die ersten Schritte in der Richtung auf eine endgültige Lösung des Flaggenproblems überhaupt zu tun.

Reichskanzler Dr. Luther ist heute vormittag von Düsseldorf kommend wieder in Berlin eingetroffen und begab sich sofort nach seiner Ankunft zum Reichspräsidenten. Darauf fand in der Reichskanzlei eine Ministerbesprechung über die Flaggenfrage statt. Um drei Uhr werden die Regierungsparteien im Reichstag zusammentreten, um über eine Einigungsformel in der Flaggenfrage zu beraten.

Eingreifen des Reichspräsidenten in der Flaggenfrage.
 Hindenburg ordnet die Aufstellung des Gesamtproblems an. Konferenz beim Reichspräsidenten. Kabinettsitzung und Parteibesprechungen.

T.U. Berlin, 9. Mai. Wie die Telegraphen-Union aus parlamentarischen Kreisen erfährt, stehen die Verhandlungen in der Flaggenfrage vor einem entscheidenden Wendepunkt. Der Reichspräsident wird wahrscheinlich noch heute abend oder morgen früh in eine Erlaß die Regierung auffordern, eine Gesamtlösung des Flaggenproblems durch Gesetz vorzubereiten. Wie verlautet, handelt es sich dabei um die Schaffung einer Einheitsflagge.

Heute vormittag empfing der Reichspräsident den Reichskanzler, den Reichsinnenminister Dr. Külz, der die Verhandlungen am Freitag, und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der die Verhandlungen am Samstag mit den Parteiführern geführt hatte, zu einem einstündigen Vortrag über die politische Lage. Der Reichspräsident nahm wiederholt Gelegenheit zu betonen, daß er selbstverständlich die ganze Flaggenfrage nur auf der verfassungsmäßig gegebenen Grundlage behandelt habe und weiter behandeln werde.

In der an die Besprechung beim Reichspräsidenten sich anschließenden Kabinettsitzung wurde erneut hervorgehoben, daß die Reichsregierung auf dem Standpunkt stehe, der Zweck der Flaggenverordnung, die in Kreisen der Auslandsdeutschen auf dem Gebiete des Flaggenwesens aufgetretenen Unzufriedenheiten auszugleichen, werde erreicht werden. Fast stündlich einlaufende zustimmende Rundgebungen bestärken die Reichsregierung in dieser Auffassung. Auf der anderen Seite verkenne die Reichsregierung nicht, daß ihr Vorgehen im Inlande starke Mißverständnisse hervorgerufen habe. Selbstverständlich liege ihr auch jeder verfassungsmäßige Eingriff fern. An der heutigen interfraktionellen Besprechung der Besprechung der Regierungsparteien nahmen folgende Abgeordnete teil: Vom Zentrum v. Guérard und Stegerwald, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Brüninghaus, von den Demokraten Koch, der erst mittags aus Erfurt zurückgekehrt war, von der Bayerischen Volkspartei Leicht. Von der Reichsregierung war Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erschienen, der die Parteiführer über den Inhalt der Ministerbesprechung unterrichtete. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das Zentrum und die Demokraten halten nach wie vor daran fest, daß der Flaggenerlaß unzeitgemäß sei und werden dies auch in der Dienstagdebatte zum Ausdruck bringen. Die endgültige Stellungnahme der Parteien wird am Montag festgelegt werden. Am Montag nachmittag werden die Parteivorstände sich versammeln und nach Schluß dieser Sitzungen werden die beiden Fraktionen zusammentreten. Vorausichtlich wird am Dienstag sofort nach der Begründung der sozialdemokratischen Interpellation der Reichskanzler das Wort ergreifen. Nach ihm wird Reichsinnenminister Dr. Külz sprechen, während Reichsaußenminister Dr. Stresemann erst später in die Debatte eingreifen wird.

Der deutsch-dänische Handelsvertrag in erster Lesung abgelehnt.

T.U. Berlin, 8. Mai. Im Ausschuß für die Handelsverträge wurde in der Abstimmung der Gesetzentwurf über die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreich Dänemark über Zollvereinfachungen für dänische Erzeugnisse und Behandlung deutscher Handelsreisender in Dänemark abgelehnt. Diese Ablehnung ist jedoch keine endgültige, da in der nächsten Woche eine zweite Lesung des deutsch-dänischen Vertrages im Handelsvertragsausschuß vorgesehen ist.

Ein Protest gegen die Vertagung der Freigabegesetze.

T.U. Berlin, 9. Mai. Wie die Morgenblätter berichten, hat nach einer Meldung der „New-York Times“ aus Washington das Mitglied des Repräsentantenhauses Jiff gegen den Beschluß, monach alle Vorlagen über die Rückgabe des deutschen Eigentums zurückgestellt werden, Protest erhoben.

Schreckliches Ende einer Schülerfahrt.

T.U. Berlin, 10. Mai. Wie der „Montag“ aus Barna in Bulgarien meldet, hat sich am Samstag im Hafen von Barna ein schreckliches Unglück zugetragen. Die Schüler der Volksschule von Barna hatten einen Ausflug per Schiff veranstaltet. Bei der Heimkehr konnte der Dampfer nicht landen und war genötigt, auf offenem Meer

vor Anker zu gehen. Die Kinder mußten in Booten an Land gebracht werden. Bei der Rückfahrt entstand ein heftiger Sturm, und ein mit 40 Kindern besetztes Boot kippte um. Nur 15 Kinder konnten gerettet werden.

Gewerkschaftsverhandlungen eröffnet.

T.U. London, 9. Mai. Die Exekutivkomitees des internationalen Bergarbeiterkongresses und der internationalen Transportarbeitervereinigungen haben gestern in getrennten Sitzungen mit der Besprechung der Lage in England und der zur Unterstützung der englischen Arbeiter zu treffenden Maßnahmen begonnen.

Noch keine Friedensverhandlungen in England.

T.U. London, 9. Mai. Amlich wird festgestellt, daß weder am Samstag noch am Sonntag irgenwelche Verhandlungen zur Anknüpfung von Verhandlungen auf der Basis der Regierungserklärung gemacht wurden. Zweifellos sind aber in steigendem Maße Bestrebungen im Gange, die zur einer Entscheidung drängen. Eine Entscheidung ist jedoch schwerlich zu erwarten, ehe nicht am Montag oder Dienstag die in Brüssel bezw. Ostende stattfindenden internationalen Gewerkschaftsverhandlungen beendet sind. Der Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede, der Generalstreik sei keine Bedrohung der verfassungsmäßigen Einrichtungen. Es komme jetzt darauf an, den richtigen Moment für den Friedensschluß nicht zu verpassen.

Ein Beobachter der Sowjet-Regierung auf der Herbsttagung des Völkerbundes.

T.U. Moskau, 8. Mai. Wie mitgeteilt wird, hat die Sowjetregierung den Botschafter in Paris, Rakonawski beauftragt, beim Ministerpräsidenten Briand anzufordern, ob ein Beobachter der Sowjetregierung zu der Vollversammlung des Völkerbundes im September zugelassen werden könnte. Diese Frage soll jetzt von den Großmächten beraten werden. In Sowjetkreisen wird der Bestätigung Ausdruck gegeben, daß auf der Völkerbundstagung Maßnahmen gegen Sowjetrußland beschlossen werden könnten.

Wie verlautet, wird die Zulassung eines Beobachters vor allem davon abhängig sein, ob die Schweiz das Einreiseverbot erteilt. Als Kandidat dafür ist der Botschafter in Avignon in Rom in Aussicht genommen.

Die Ueberschwemmungskatastrophe an der Wolga.

T.U. Moskau, 9. Mai. Die Blätter melden Einzelheiten über die Ueberschwemmung an der Wolga, die einen katastrophalen Charakter angenommen hat. Nach den letzten Meldungen aus Nischinowgorod steigt das Wasser ständig. Fast alle Fabriken in der Umgebung der Stadt stehen unter Wasser. Die Ueberschwemmung, von der bisher hauptsächlich der obere Lauf der Wolga betroffen war, dehnt sich seit heute früh auch auf den Unterlauf aus.

Mutmaßliches Wetter für Dienstag.

Von England dringen fortgesetzt kleine Depressionsgebiete nach dem Kontinent vor. Für Dienstag ist deshalb weiterhin unbeständiges, zeitweise bedecktes, aber nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betreffend.
 Die Maul- und Klauenseuche in Pulach ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben.
 Karlsruhe, 6. Mai 1926. (D. B. 93.)
 Bad. Bezirksamt - Abt. II b

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche betr.
 Wegen weiterer Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in Gröningen wird die ganze Gemeinde als Sperrgebiet erklärt. Nach der Durchgangsbefreiung mit Klauenvieh durch Gröningen ist unterjagt. Futtermittel müssen über die Stadtröhre Nr. 13, soweit sie auf Gemarkung Gröningen liegt, liegen ebenfalls im Sperrgebiet.
 Karlsruhe, den 8. Mai 1926. (D. B. 95.)
 Bad. Bezirksamt - Abt. II b

Die Landesbank für Haus- u. Grundbesitz o. G. m. b. H.
 Mannheim, Karlsruhe, Freiburg/Br.
 (Kapital, Haftsummen u. Reserven aus. RM. 765 000 —)
 gewährt und vermittelt
Hypotheken u. Kredite
 und nimmt
Spar-Einlagen
 auch von Nichtmitgliedern bei höchster Verzinsung entgegen.
 Auskunft bereitwillig!

Tomaten
 b'kannt der vorzügliche Gärtner erst nach den „Eismännern“.
 Empfehle bis dahin extra starke, teils mit Knospen besetzte Pflanzen, allerfröhliche Sorte, aus kleinen Töpfen, per Stück 20 ¢ ebenso starke dickere „ „ 10 ¢
Gärtnerei Kleiber, Bafeltorstr. 15
 Telefon 105.

Sägmehl
 zum Streuen, sowie ca. 100 Zentner
abzugeben
 Stahlmüller, Sägewerk Bergheimen.

Milch
 hat abzugeben
 Friedrich Schneider,
 Durlach-Wee, Hauptstr. 106.
 Abonnenten berücksichtigen
 unsere Inserenten!

Noch einige
Unterstellräume für Last- u. Personenwagen
 abzugeben. Wagenpflege wird mit übernommen.
Autozentrale Durlach
 Hauptstr. 75, Telefon 115.

Der Traum jeder Frau:
 Eine hübsche Bluse
Beyers Blusenheft
 bringt 60 neue, praktische, kleidsame Modelle.
 Reichhaltiger Schnittbogen liegt bei.
 Preis M 4.20
 *
 Überall erhältlich, wo nicht, direkt zu beziehen vom
Verlag Otto Beyer
 Leipzig I.

Jhr Wohlstand
 hängt mit sparen an
 deshalb nehmt ein
Sparbuch
 bei der
Volkbank Durlach e. G.
 Bank und Sparkasse
 — 999. 1877. —

Elederkränz
 Durlach.
 Heute abend punkt 8 Uhr
Singskunde.
 Das Erscheinen sämtlicher Sänger ist Ehrenpflicht
 Der Vorstand.

Anseh-Brantwein
 per Liter
 M 2.50
 Urban
Schurhammer
 Weingroßhandlung
 Blumenstr. 13.

Führerschein II b
 verloren gegangen. Abzugeben gegen Belohnung im Verlag.

Jagdhund
 entlaufen, braunweiß gefleckte Rasse, auf den Namen „Toll“ hörend. Abzugeben gegen gute Belohnung bei Dehler, Bäckermeister, Kiliansfeldstraße 9.
 Vor Ankauf wird gewarnt.

Suche einfach möbl. Zimmer
 in Durlach-Wee zu mieten. Anschriften mit Preisangabe unter Nr. 213 an den Verlag.

Schneidemaschine
 f. Anfänger sehr billig zu verkaufen
 Zu erfragen im Verl.

11 Nr Breitklee
 im Verkauf zu verkaufen. Näheres Jägerstr. 19, 2. St.

Bad Schwarzwaldverein.
 Bald Heil!

Eingetretener Unfälle wegen fällt heute die Abendwanderung wie auch die Monatsversammlung im „Luisenhol“ Gröningen aus.
 Am 18. Mai findet auch eine andere Wanderung statt und zwar: Klingenberg - Sande - Madenburg - Trifele - Annweiler. Marschzeit 4 Stunden.
 Abfahrt 7.40 Uhr in Karlsruhe. Sonntagsspartie: Klingenberg - Annweiler.

Beschlagnahmefreie 3-4-Zimmerwohnung
 möblich mit Bad auf 1. Oktober oder früher zu mieten gesucht.
 Angebote unter Nr. 207 an den Verlag.

Motorrad
 mit fast neuem schweren Motor, Marke Triumph, Zweigangschaltung, garant. fahrbereit abgegeben.
 Grilmann,
 Auto-Rep.-Werkstatt
 Bfstr. 74. Tel. 201.

Musikinstrumente
 Frau od. Mädchen wird zum Servieren gesucht
 Gasthaus z. Schwane.

Ein Klavier
 zu vermieten.
 Angebote unter Nr. 214 an den Verlag.

1 Viertel Breithlee
 auf den Dinteräckern zu verkaufen
 Bafeltorstraße 41.

Frauenverein Durlach.
 Am Dienstag, den 11. Mai, abends 7 Uhr, findet im Saal des Gasthauses zur Blume die diesjährige
Hauptversammlung
 statt, zu der alle Mitglieder und Freunde des Vereins hiermit eingeladen werden.
 Tagesordnung:
 I.
 1. Jahresbericht.
 2. Festsetzung der Wahl zweier Vorstandsmitglieder.
 3. Feier der 60-jährigen Jubeljahre des „Bäbischen Frauenverein vom Ruten Kreuz“.
 II.
 1. Kaffee mit ernsten und leiteren Darbietungen.
 2. Gabenverlosung.
 Durlach, den 4. Mai 1926.
 Der Vorstand.

Qualitäts-Möbel!
 Ein großer Posten eichene
Speisezimmer
 (Büffel 180 cm u. kleiner) werden weit unter Preis zu günstigen Bedingungen abgegeben.
Möbelhaus Freundlich Karlsruhe Kronenstr. 37/39

Altpapier, Alteisen, Lumpen, sämtliche Metalle
 kauft stets zu äußersten Tagespreisen
H. Blech, Schloßstraße
 Telefon 403.

Uhren-Reparaturen
 aller Art werden sachmännlich ausgeführt von
Karl Hefler
 Uhrmachermeister
 Kollstr. 28
 (Ede Kollstr.)

Milch
 hat täglich einige Liter abzugeben
 Heinrich Bora,
 Durlach-Wee, Bfstr. 97
Insertieren bringt Erfolg!